

# Geflüchtete – „neue“ Zielgruppe der Sozialen Arbeit?

## Kontinuitäten und Brüche von Inanspruchnahme und Zuständigkeit Sozialer Arbeit angesichts der aktuellen Debatte

Thomas Kunz

**Zusammenfassung:** In der laufenden gesellschaftlichen Debatte um die in jüngster Vergangenheit erfolgte Zuwanderung geflüchteter Menschen nach Deutschland wurden und werden an Soziale Arbeit und die dort Beschäftigten vielfältige Forderungen und Erwartungen adressiert. Für jene Forderungen und Erwartungen an Soziale Arbeit seitens Politik und Gesellschaft fungiert insbesondere der Integrationsbegriff als thematische Brücke. Auch wenn sich Soziale Arbeit hierüber einer anscheinend nochmals gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung vergewissern kann, erscheint es angeraten, sich externen Funktionszuweisungen nicht vorschnell zu ergeben. Ob und wie Soziale Arbeit – und die dort professionell Tätigen – darauf reagieren bzw. diesen an sie herangetragenen Anliegen nachkommen und was mit diesen genau beabsichtigt ist, ist eine wichtige Frage.

**Schlüsselworte:** Flüchtlingssozialarbeit, Erwartung der Gesellschaft, Professionalität

Schon<sup>1</sup> unter Berufung auf die berufsethischen Prinzipien Sozialer Arbeit oder auch unter Rückgriff auf Staub-Bernasconis prominentes Diktum von der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession (vgl. Staub-Bernasconi 2007: 13f.) lässt sich einsichtig ableiten und begründen, wieso und warum gerade Soziale Arbeit gefordert ist, geflüchtete Menschen zu unterstützen. In der laufenden gesellschaftlichen Debatte um die in jüngster Vergangenheit erfolgte Zuwanderung geflüchteter Menschen nach Deutschland wurden und werden indes an Soziale Arbeit und die dort Beschäftigten – gewissermaßen *extern* – vielfältige Forderungen und Erwartungen adressiert. Für jene Forderungen und Erwartungen an Soziale Arbeit seitens Politik und Gesellschaft fungiert insbesondere der Integrationsbegriff als thematische

---

1 Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung des Kurzbeitrages „Flüchtlingshilfe und Zuwanderung: Überlegungen zur Selbstverständlichkeit einer Inanspruchnahme und der Zuständigkeit von Sozialer Arbeit in der aktuellen Debatte um geflüchtete Menschen“ aus: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 5/2016, S. 163-165.

Brücke. Auch wenn sich Soziale Arbeit hierüber einer anscheinend nochmals gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung vergewissern kann, erscheint es angeraten, sich externen Funktionszuweisungen nicht vorschnell zu ergeben. Ob und wie Soziale Arbeit – und die dort professionell Tätigen – darauf reagieren bzw. diesen an sie herangetragenen Anliegen nachkommen und was mit diesen beabsichtigt ist, ist eine wichtige Frage. Folglich sollte man sich zuvor sehr genau darüber vergewissern, auf welcher Grundlage jene Forderungen und Erwartungen artikuliert werden, welche Motive und Prämissen sie unterlegen – und ob diese im Einklang mit den eingangs genannten Prinzipien stehen.

## **Der Ruf nach Sozialer Arbeit als Gefahr einseitiger Vereinnahmung**

Besagte Adressierungen sind einerseits wenig überraschend, zumal Soziale Arbeit grundsätzlich in den Blick rückt, wenn es um die Realisierung und Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen benachteiligter Menschen geht. Andererseits überrascht der derzeitige Ruf nach Sozialer Arbeit jedoch, sofern damit impliziert wird, a) Soziale Arbeit würde in diesem Handlungsfeld noch nicht angemessen oder umfangreich aktiv sein, oder aber b) ein scheinbar neues oder in seinem Umfang angeblich bisher nicht dagewesenes Phänomen müsse von ihr nun schleunigst bearbeitet werden. Beides ist nämlich falsch. Soziale Arbeit ist seit Jahrzehnten eine treibende und in weiten Teilen durchaus kritische Kraft, wenn es um die Unterstützung geflüchteter Menschen sowie um die Zurückweisung stereotyper und pauschalisierender Bilder geht, die im Diskurs über Geflüchtete schon seit Langem und in den letzten Jahren zunehmend anzutreffen sind. Vielmehr ist es so, dass in den zurückliegenden Jahrzehnten Soziale Arbeit und die hier professionell Tätigen auf personelle und strukturelle Defizite in der Versorgung von Geflüchteten und Asylsuchenden hingewiesen, gegen ausländerrechtliche Verschärfungen kritisch Position bezogen und sich für eine Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation dieser Menschen eingesetzt haben – nicht selten gegen den gesellschaftlichen Mainstream.

Die Skepsis gegenüber appellativ vorgetragenen Einschätzungen, dass Soziale Arbeit nun gefordert sei oder reagieren müsse, ist umso angebrachter, wenn damit ein einseitiger Integrationsbegriff an sie herangetragen und mit Begriffen wie „Flüchtlingskrise“ operiert wird. Festzuhalten ist nämlich vorweg: wenn schon der problematische Begriff „Flüchtlingskrise“ ins Spiel gebracht wird, um Handlungsbedarfe naheulegen, ist zuvorderst anzuerkennen, dass es sich sinngemäß eben *nicht* um eine durch geflüchtete Menschen ausgelöste Krise der Bundesrepublik und der hier bereits lebenden

Bevölkerung handelt. Wenn überhaupt befinden sich nämlich just jene Menschen in einer krisenhaften Situation, die auf der Flucht waren bzw. es noch sind. Allein schon diese Sinnverschiebung des Begriffs ist also zu kritisieren und zurückzuweisen.

## **Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft – ein lange Geschichte**

In der derzeit beobachtbaren medialen und politischen Situation zeigt sich ein altbekanntes und hochproblematisches Aufmerksamkeitsmuster von Öffentlichkeit, das sich in Gestalt der Fixierung auf die Zuwanderungszahlen der vergangenen zwei Jahre und eine damit einhergehende dramatisierende Rhetorik niederschlägt. Dabei wird beispielsweise ignoriert, dass unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, d.h. Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre, mit etwas über zwölf Millionen Menschen unter der Bezeichnung „Heimatvertriebene“ eine wesentlich größere Zuwanderung nach Deutschland (Ost und West) erfolgte. Mögen die Ursachen für die damaligen Wanderungen auch nicht mit den Fluchtgründen der heute nach Deutschland kommenden Menschen vergleichbar sein, angesichts einer aktuellen Krisen- und rassistischen Abwehrhetorik, bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein, relativiert dieses historische Beispiel aber die Fiktion einer heute angeblich bestehenden singulären Herausforderung erheblich. Zudem ist zu vergegenwärtigen, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor 70 Jahren in Gestalt der damals noch unmittelbar wirkenden Kriegsfolgen, d.h. einer baulich und wirtschaftlich schwachen jungen Bundesrepublik, außerdem denkbar schlechter waren. Schließlich sei dem möglichen Einwand, bei den damaligen Geflüchteten habe es sich in Gestalt der sogenannten Heimatvertriebenen letztlich um „Landsleute“ gehandelt, entgegen zu halten, dass schon damals die auch heute wohlfeilen Ressentiments und Vorurteile breit zu vernehmen waren (vgl. Meier-Braun 2015: 55f.; vgl. auch Bade/Oltmer 2007: 157ff.). Letzteres ist in der Tat auch deshalb ein höchst interessanter Befund, weil er die auch heute beobachtbaren Versuche konterkariert, etwaige durch Wanderungsgeschehen bedingte gesellschaftliche Herausforderungen mit negativen Eigenschaften zu erklären, die den als homogene Gruppe phantasierten Einwandernden zugeschrieben werden. Demgegenüber ist jedoch offensichtlich, dass in der Vergangenheit die zuwandernden Menschen (und deren Nachkommen) sowie die mit ihnen in Verbindung gebrachten Herkunftsgruppenkonstrukte immer ganz unterschiedliche waren, stattdessen aber Ressentiment und Ablehnung seitens der Mehrheitsbevölkerung (wenn auch mit möglicherweise schwankenden Intensitäten) die eigentliche Kontinuitätskomponente

darzustellen scheinen. Die beobachtbaren Zuwanderungsdiskurse sagen folglich viel mehr über Einstellungsmuster innerhalb der sogenannten Mehrheitsbevölkerung aus, als über die Gruppenkonstrukte, auf die sich im Zuwanderungsdiskurs in Gestalt von „Migranten“, „Flüchtlingen“ etc. bezogen wird.

Die bisherigen Rückbesinnungen auf historische Kontinuitäten von Migrationsgeschehen sind keine Absage an die Erwartung, dass Soziale Arbeit und die innerhalb der Profession entwickelten fachlichen Einschätzungen hierzu nicht auch in der aktuellen Situation gefordert sind – im Gegenteil. Sie sollen aber gleichwohl daran erinnern, dass Soziale Arbeit bereits seit langem in diesem Praxisfeld aktiv ist und sich ihrer bisherigen Kenntnisse und Erfahrungen gewiss sein kann und sollte, bevor sie sich von anderen gesellschaftlichen Akteuren hier positionieren lässt. Das fachliche Rad ist insofern nicht neu zu erfinden. Viel mehr ist Soziale Arbeit angesichts einer signifikanten Zunahme rassistischer und nationalistischer Rhetoriken in dieser Gesellschaft künftig noch stärker gefordert, deutlich zu machen, dass gerade dramatisierende Begründungen und Verweise auf aktuelles Fluchtgeschehen bereits Bestandteil jener problematischen Rhetoriken sind. Soziale Arbeit darf sich nicht zum Appendix eines ressentimentgeladenen, zunehmend von völkischen Homogenitätsvorstellungen dominierten Integrationsdiskurses machen lassen. Und hierbei geht es nicht einmal um eine generelle Infragestellung des Integrationsbegriffes. Es wäre allerdings überfällig, das scheinbar selbsterklärende und allgegenwärtig vertretene Integrationsparadigma angesichts seiner alltagssprachlichen Verbrämungen vom Kopf auf die Füße zu stellen (vgl. Filsinger 2014; Kunz 2015: 154f.). Zu sehr scheint bei diesem letztgenannten Verständnis doch durch, mit ihm eine Figur zur Hand zu haben, geflüchtete Menschen disponibel zu halten: Pauschal werden diesen Unfähigkeit, Unvermögen, (nicht nur sprachliche) Inkompetenz und Bedrohlichkeit zugeschrieben. Jenseits einer Idealisierung oder Romantisierung ihrer unterschiedlichen Biographien und Lebenssituationen ist demgegenüber jedoch festzuhalten, dass geflüchtete Menschen bereits Kraft ihrer Flucht aktive, selbsttätige, d.h. im positiven Sinne, eigensinnige Menschen sein müssen, die das Wagnis einer Flucht meistern – allen bestehenden Zweifeln, Widrigkeiten und Grenzbefestigungsanlagen zum Trotz. Sofern sie den Fluchtprozess erfolgreich bewerkstelligen können, werden sie jedoch seitens des sogenannten Ankunftslandes erst einmal „passiviert“. Die Ankommensphase ist nicht unbedeutend eine Phase des Verwaltetwerdens, des In-Passivität-gehalten-Werdens, des Sich-bürokratischen-Zwängen-Fügens. Dies reicht von der Registrierung, des Wartens auf Behördenentscheidungen bis hin zur Unterbringung und der Zuweisung eines Wohnortes. Sofern innerhalb dieser Phase seitens der Geflüchteten aktives Infragestellen stattfindet, gar ein

selbstbewusstes Sich-nicht-Fügen, wird dies delegitimiert; dann gelten die „Flüchtlinge“ als undankbar, bedrohlich, renitent oder unkontrollierbar. Deutlich macht dies ein Zitat des Bundesinnenministers De Maizière aus dem Oktober 2015:

„Bis zum Sommer waren die Flüchtlinge dankbar bei uns zu sein. Sie haben gefragt, wo ist die Polizei, wo ist das Bundesamt. Wo verteilt ihr uns hin. [...] Jetzt gibt es schon viele Flüchtlinge, die glauben, sie können sich selbst irgendwohin zuweisen [...]. Sie gehen aus Einrichtungen raus, sie bestellen sich ein Taxi, haben erstaunlicherweise das Geld, um Hunderte von Kilometern durch Deutschland zu fahren. Sie streiken, weil ihnen die Unterkunft nicht gefällt, sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt, sie prügeln in Asylbewerberinstitutionen“ (tagesschau.de 2015).

„Gute Flüchtlinge“ haben anscheinend zunächst einmal dankbar, fügsam und passiv zu sein. Sobald sich deren Aufenthalt aber verstetigt, eine gesicherte, dauerhafte Bleibeperspektive gegeben scheint, verkehrt sich die Erwartungshaltung ihnen gegenüber ins Gegenteil: Nicht länger passives Sich-verwalten-lassen wird eingefordert, sondern nun aktives Sich-integrieren. Aber auch hier gilt: wird dieser (geänderten) Erwartungshaltung nicht entsprochen, folgen Delegitimierung in Gestalt des Vorwurfs von Integrationsdefizit oder gar -verweigerung, die Zuschreibung besonderer Bedrohlichkeit und/oder kultureller Andersartigkeit.

## **Gegen das Notstandsgerede und für die kritische Distanz einer selbstbewussten Profession**

Sofern man sich also unhinterfragt auf jenen scheinbar selbstverständlichen Ruf nach der Sozialen Arbeit, der sich teils wie ein Integrationsnotruf gebärdet sowie auf die ihn begründenden Setzungen bezieht, reifiziert man eine problematische gesellschaftliche Sichtweise auf die Phänomene Migration und Flucht und läuft Gefahr, in den schnappatmenden Chor derer einzustimmen, die eine Überforderungssituation der Bundesrepublik nahelegen möchten, gar von Staatsversagen schwadronieren (und sich davon innenpolitischen Profit erhoffen), und bestärkt letztlich das Konstrukt, es handele sich bei der gegenwärtigen Zuwanderung geflüchteter Menschen um ein historisch voraussetzungsloses Migrationsereignis. Dies legen auch Reaktionen auf jüngste Gewalttaten in der Bundesrepublik und daraus resultierende Appelle für stärkere Integrationsbemühungen nahe. Versuche, jene Gewalttaten zuvorderst als sogenannte Integrationsdefizite zu rahmen, bergen die Gefahr einer sicherheitspolitischen Vereinnahmung Sozialer Arbeit und dokumentieren sich letztlich in „mandatswidrigen Erwartungen“ (vgl. Initiative Hochschullehrender 2016: 5).

Auch wenn mittlerweile in einer breiteren Öffentlichkeit davon ausgegangen wird, dass die Bundesrepublik Deutschland ein sogenanntes Einwanderungsland ist, darf dies nicht zu dem Missverständnis führen, Migration auf Fluchtzuwanderung zu reduzieren sowie Zu- und Abwanderungsprozesse als neue Phänomene lediglich der letzten 50, 60 Jahre zu begreifen. Bereits die Einschätzung, sogenanntes Einwanderungsland zu sein, war lange höchst umstritten. Zu- und Abwanderungsprozesse sowie die gesellschaftlichen Debatten darum prägten die Gesellschaft in Deutschland sogar schon vor der Gründung der Bundesrepublik. Die ahistorische Fixierung auf tagesaktuelle Debatten (wie die um das gegenwärtige Fluchtgeschehen) nährt in zweifacher Weise also falsche Eindrücke. Einerseits werden jeweils gegenwärtige Zahlen als vermeintlich zuverlässige Indikatoren herangezogen, um besondere quantitative Anstiege objektiv zu belegen und dringende Handlungsbedarfe oder gar dramatische Lagen zu indizieren. Gegenüber dieser Denormalisierungsrhetorik täte auch hier Rückbesinnung auf historische Prozesse – und Zahlen – Not, denn dann würde deutlich: seit je ist das Fluktuieren von Zu- und Abwanderungszahlen „normaler“ Begleitumstand von Migrationsprozessen – auch in Deutschland. Der Irrglaube, Migrationsprozesse als solche fänden bezogen auf Deutschland gar erst seit Gründung der Bundesrepublik statt, ist als „Fiktion der Voraussetzungslosigkeit“ (Herbert 2003: 9) zu bezeichnen.

Zum Zweiten ist in Verbindung mit der historischen Vergewisserung im Blick zu behalten, dass jene Migrationsprozesse immer schon ihren Niederschlag in gesellschaftlichen Debatten fanden. Und auch hier finden sich Entsprechungen. Untersucht man den Migrationsdiskurs der Bundesrepublik, scheint es so, als würde seit den 1970er Jahren in regelmäßigen Abständen und nur leicht variiert die sogenannte Ausländerfrage in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rücken (vgl. ebd.). Mögen jene hier nur angedeuteten Variationen auch Hinweise auf thematische Verschiebungen im Zeitverlauf und damit korrespondierend auf den Umgang der sogenannten Mehrheitsgesellschaft mit „ihren“ Einwanderern liefern, „tatsächlich [...] wird die Debatte um den Zuzug von Ausländern in Deutschland seit etwa 120 Jahren unter den im wesentlichen gleichen Fragestellungen und mit den gleichen Frontlinien geführt“ (ebd.; vgl. auch Bade/Oltmer 2004: 5ff.).

In der aktuellen Debatte um Flucht und Asyl ist deshalb kritische Distanz und Reflektion angeraten, auch und gerade gegen die wohlfeile Inanspruchnahme seitens Politik und Gesellschaft, selbst wenn damit für Soziale Arbeit die Gefahr einhergeht, weniger gesellschaftliche Geltungskraft zugesprochen zu bekommen, als ihr vielleicht lieb wäre. Zu plädieren ist für eine ebenso kritische wie selbstbewusste Besinnung darauf, dass Soziale Arbeit seit je beteiligt daran war, gesellschaftliche Diskussionen und Praxen zum

Thema Migration (und die darin enthaltenen Aspekte Flucht und Asyl) mitzuprägen. Vorsicht ist überdies angesichts der Dominanz des Fluchtthemas geboten, wodurch Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft auf Arbeit mit und für Geflüchtete reduziert würde. Mag Sozialer Arbeit hier auch unbestreitbar eine wichtige Rolle zu kommen, so gilt es zugleich zu betonen: gesellschaftliche Vielfalt im Allgemeinen und Migrationsgeschehen im Besonderen schlugen und schlagen sich in wesentlich mehr Praxisfacetten nieder, als die mediale Dominanz der Fluchtthematik suggeriert und diese Bandbreite des Arbeitsfeldes darf nicht aus dem Blick geraten.

## **Position beziehen statt sich positionieren zu lassen**

Dass die hier eingeforderte kritische Reflexion und Distanz nicht gleichbedeutend mit einem Verzicht auf professionelle Intervention und Gestaltungsangebote sind und ebenso wenig fachpolitische Abstinenz heißen, zeigt beispielsweise das 2016 vorgelegte Papier „Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften“ (Initiative Hochschullehrender 2016), welches in der Debatte um professionelle Standards in der Arbeit mit Geflüchteten einen pointierten Standpunkt geltend macht. Zur angemahnten Reflexion und Besinnung auf erworbene bzw. vorhandene Kompetenzen zählt ebenso die Vergewisserung über zahllose Fachtexte und -bücher, die sich der Thematik seit langem annehmen sowie die zur Kenntnisnahme der teils jahrzehntelangen engagierten Arbeit und der Stellungnahmen berufsständischer Organisationen, wie beispielsweise dem deutschem Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH), oder dem Wirken von einschlägigen Fachverbänden, wie zum Beispiel dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. (BumF e.V.).

Gerade das angesichts dieses historisch zurückreichenden breiten Fundus an Fachlichkeit und Praxiserfahrungen die gegenwärtige Debatte es notwendig erscheinen lässt, scheinbar erreichte fachliche Gewissheiten aufs Neue geltend zu machen, indiziert, dass das Problem eher in einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu liegen scheint, als in vermeintlichen Besonderheiten der Wanderungssituation.

Deutlich wird auch: sich als Soziale Arbeit nicht positionieren zu lassen, heißt nicht, keine Position zu beziehen. Es heißt indes, sich nicht kirre machen zu lassen von der Kakophonie eines öffentlichen Diskurses, der in weiten Teilen ahistorisch auf Migrationsprozesse blickt und das jahrzehntelange politische Ignorieren der Selbstverständlichkeit, eine von Migrationsprozessen geprägte Gesellschaft zu sein, das sich in der „Lebenslüge vom ‚Nicht-Einwanderungsland‘“ (Meier-Braun 2013: 17) manifestierte, nicht angemessen in die Erklärung der jetzigen Situation einbezieht. In Folge

dessen wird über vermeintliche neue Herausforderungen in einer Weise nachgedacht, als müsse Soziale Arbeit mit Geflüchteten komplett neu erfunden werden. Dies ist mitnichten der Fall. Unbestritten ist ferner, dass sich die Profession nicht einfach auf bisherigen Wissensbeständen und Praxiserfahrungen ausruhen kann. Unbestritten ist ebenfalls, dass sich Soziale Arbeit auch in Zukunft weiterentwickeln muss und wird. Es gibt durchaus Herausforderungen. Eine ist unter anderem, dass sich Soziale Arbeit und die dort professionell Tätigen angesichts einer von PEGIDA über AFD bis hin zu Teilen der sogenannten bürgerlichen Mitte reichenden Gesinnungskonkordanz nicht als Sicherheitsorgan instrumentalisieren lässt, nicht hinter bereits erreichte Kenntnisstände zurückfällt, und stattdessen auch in Zeiten eines stärker werdenden migrationspolitischen Gegenwindes bisher erreichte Einsichten und Standards entschieden verteidigt bzw. diese im Sinne und Interesse ihres Klientels weiterentwickelt.

## Literatur

- Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen (2004): Normalfall Migration, Bonn.
- Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen (2007): „Deutschland“ in: Bade, Klaus M. et al. (Hrsg.) (2007): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn, S. 141-170.
- Filsinger, Dieter (2014): „Integration – Ein Paradigma ohne Alternative?“ in: Alisch, Monika (Hrsg.): Älter werden im Quartier: Soziale Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe, Kassel, S. 169-195.
- Herbert, Ulrich (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Schriftenreihe. Band 410, Bonn.
- Initiative Hochschullehrender – Initiative Hochschullehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften (2016): Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften. Professionelle Standards und sozialpolitische Basis, Berlin (Download unter: <http://www.fluechtlingssozialarbeit.de/index.php>).
- Kunz, Thomas (2015): „Interkulturelle Soziale Arbeit und Interkulturelle Öffnung“ in: Bretländer, Bettina/Köttig, Michaela/Kunz, Thomas (Hrsg.): Vielfalt und Differenz in der Sozialen Arbeit. Perspektiven auf Inklusion, Stuttgart, S. 147-159.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2013): „Einleitung: Deutschland Einwanderungsland“ in: Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart, S. 15-27.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2015): Einwanderung und Asyl. Die 101 wichtigsten Fragen, München.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): „Menschenrechte in ihrer Relevanz für die Soziale Arbeit als Theorie und Praxis, oder: Was haben Menschenrechte überhaupt in der Sozialen Arbeit zu suchen?“ in: Widersprüche, Heft 107, S. 9-32.
- tagesschau.de (2015): De Maizièrre kritisiert Flüchtlinge. „Bis zum Sommer waren sie dankbar“ (02.10.2015). <http://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-innenminister-101.html> [Zugriff: 19.04.2016].